

# Warum die Klima- und Energiewende Fairness und Gerechtigkeit braucht.

Impulspapier von AK und ÖGB  
für den Klimarat der Bürger:innen



Als Klimarat der Bürger:innen sind Sie zusammengekommen, um konkrete Vorschläge auszuarbeiten, wie in Österreich Klimaneutralität erreicht werden kann. Zu diesem Zweck wollen Sie *umsetzbare, wirksame, sozial gerechte inhaltliche Vorschläge an die Politik machen*.

Die Klima- und Energiewende ist eine der drängendsten Aufgaben unserer Zeit. Mit diesem Impulspapier wollen wir erklären, welche Grundvoraussetzungen aus der Sicht von ÖGB und AK erfüllt sein müssen, damit sie gelingen kann. Wir wollen zeigen, warum wir die Klima- und Energiewende vor allem für eine gesellschaftspolitische Herausforderung halten. Klimaneutralität kann nur erreicht werden, wenn ein Großteil der Menschen dieses Ziel unterstützt. Wir sind überzeugt, dass der gesellschaftliche Wandel aktiv gestaltet werden muss. Wir wollen erläutern, was wir mit dieser Gestaltung meinen und warum AK und ÖGB dafür einen starken, gestaltenden Staat für wichtig halten.

Wir wollen Sie anregen, bei der Formulierung der Maßnahmen die vielen Verflechtungen des Wirtschaftssystems mitzudenken. Wir wollen, dass

Sie sich auch in die Menschen hineindenken, die von Klimaschutzmaßnahmen negativ betroffen sein können: die Mitarbeiterin der Fluggesellschaft, den Automechaniker, den Verkäufer im Tankstellenshop, die Ingenieurin im Zementwerk. Was kann Klimapolitik tun, damit auch diese Menschen weitreichende Veränderungen unterstützen?

Wir wollen die engen Zusammenhänge zwischen Produktion und Konsum zeigen. Was bedeutet es für den Wirtschaftskreislauf, für die Arbeitsplätze, wenn wir die Menge an Kohle, Erdöl und Erdgas radikal verringern?

Wir wollen Sie schließlich dazu bringen, dass Sie bei den politischen Maßnahmen überlegen, wie dafür gesorgt werden kann, dass dabei der gesellschaftliche Wohlstand gerecht verteilt wird. Denn wir sind überzeugt, dass am Ende „Gerechtigkeit“ der zentrale Begriff ist, wenn es um die gesellschaftliche Zustimmung zu einem Weg in die Klimaneutralität geht. Als AK und ÖGB finden wir es sehr ermutigend, dass Sie selbst *soziale Gerechtigkeit* als ein Merkmal Ihrer politischen Vorschläge genannt haben.

## Energie ist überall

Wir konzentrieren uns in diesem Papier auf die Rolle von Energie im Wirtschaftssystem und auf die Belastung des Klimas mit Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), die daraus entsteht. Daneben gibt es weitere Treibhausgase und andere Quellen, aus denen sie stammen. Aber die Veränderungen am Energiesystem sind die weitreichendsten und politisch schwierigsten. Wir wollen dabei die Querverbindungen zu allen anderen Handlungsfeldern beleuchten und verständlich machen, dass der Schlüssel der erfolgreichen Klimapolitik in einer Verringerung des Energieeinsatzes liegt.

In den Industriestaaten hat in den letzten 250 Jahren der Einsatz von Energie rasant zugenommen. Das war nur möglich durch die Nutzung von Kohle und später Erdöl und Erdgas – also von fossilen Energieträgern. In vielen Anwendungen wird Energie heute als elektrischer Strom eingesetzt, der vielfach auch aus fossilen Energieträgern stammt.

In Zukunft soll der Einsatz von Energie verringert werden. Die wichtige Frage ist, wie dabei gewährleistet werden kann, dass die körperliche Belastung in der Arbeit nicht wieder steigt – und wie trotzdem Wohlstand und Beschäftigung für alle erhalten bleiben.

### Energie ersetzt menschliche Arbeitskraft

Der rasant steigende Einsatz von Energie hat es möglich gemacht, dass in fast allen Bereichen menschliche Arbeitskraft durch Maschinen ersetzt wurde. Im Arbeitsleben führt das zu besseren und sichereren Jobs, bei denen der Körper nicht mit 40 oder 50 Jahren verschlissen ist. Denken Sie an Bauarbeiter:innen, die von Kränen, Baggern, Betonmischmaschinen, usw. unterstützt werden, oder an Forstarbeiter:innen, die Harvester steuern und Motorsägen bedienen – zwei Berufsgruppen mit besonders hohen körperlichen Belastungen.

Auch in der Mobilität und beim Transport haben wir uns an die Allgegenwart von Maschinen gewöhnt, die Körperkraft ersetzen, teils um ein Tausendfaches und mehr. Autos, Züge, Lastwagen, Schiffe, Flugzeuge – alle haben Motoren; mit Ausnahme der Eisenbahn laufen die meisten mit Benzin oder Diesel.

Besonders augenfällig ist die Veränderung in der Landwirtschaft: Während in Österreich im Jahr 1910 – vor dem Ersten Weltkrieg – mehr als die Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeitete, waren es 100 Jahre später nur mehr 4 %, obwohl die Produktion heute um ein Mehrfaches höher ist. Dies war nur möglich durch den Ersatz von menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen – Traktoren, Melkmaschinen, Mähdrescher usw.

Insgesamt wurde die Arbeit aber nicht weniger. Vor allem im Bereich der Dienstleistungen – Handel, Tourismus, Banken, Gesundheit und Pflege, etc – gibt es heute viel mehr Jobs als früher. Auch dort wird menschliche Arbeitskraft durch Maschinen – also Energie – ersetzt, aber im Allgemeinen nicht in so hohem Ausmaß wie in der industriellen Produktion und in der Land- und Forstwirtschaft.

# Klimakrise und Arbeit


Viel ist davon die Rede, dass in den Zukunftssektoren, etwa beim Ausbau erneuerbarer Energieträger oder in der Erzeugung von Batterien, viele Arbeitsplätze entstehen werden. AK und ÖGB setzen alles daran, dass es sich dabei um gute und sichere Jobs handelt. Aber es gibt heute auch mehrere Sektoren,

die stark von fossilen Energieträgern abhängen. In diesen Branchen drohen Verluste von Arbeitsplätzen, wenn die „Dekarbonisierung“ gelingt. Damit auch die Menschen den Klimaschutz unterstützen, die in diesen Sektoren arbeiten, sind gezielte arbeitsmarktpolitische Programme nötig.

## „Just Transition“ – Gestaltung des Wandels im Sinne der Arbeitnehmer:innen

Die Klima- und Energiewende bringt Chancen für Wertschöpfung und Beschäftigung, führt in manchen Bereichen aber auch zu Verwerfungen. Damit die Chancen im Sinn der Arbeitnehmer:innen voll genutzt werden können, ist eine Anpassung der Aus- und Weiterbildung an die Anforderungen der neuen Sektoren nötig. Die Ausgangsposition Österreichs im Strukturwandel ist dabei gut. Ein stabiler und gut funktionierender Sozial- und Wohlfahrtsstaat, innovative Unternehmen mit qualifizierten und motivierten Beschäftigten und eine gut ausgebaute moderne Infrastruktur bieten eine solide Basis, um gut und sozial ausgewogen durch den Prozess des Wandels zu kommen. Jedenfalls muss es in den Zukunftssektoren gelingen, dass die neuen Jobs gute und sichere Arbeit bieten.

Aber es ist auch nötig, sich um die zu kümmern, denen der Verlust des Arbeitsplatzes droht. In Österreich ist etwa die Autozulieferindustrie sehr stark. Einige ihrer Produkte können auch in Elektroautos verwendet werden, andere aber sind Auslaufmodelle: Wenn es keine Autos mit Verbrennungsmotor mehr geben wird, braucht auch niemand Vergaser, Kupplungen oder Auspuffe. Auch Autowerkstätten werden mit weniger Beschäftigten auskommen, denn Elektroautos brauchen deutlich weniger Wartung als konventionelle Autos. Ähnlich verhält es sich mit der Herstellung und dem Verkauf von Benzin und Diesel, aber auch von Erdgas. Auch in der Stahlerzeugung ist es fraglich, ob das derzeitige Produktionsniveau ohne Einsatz von Kohle beibehalten werden kann.

Die Beschäftigten in diesen Branchen werden die Dekarbonisierung nur unterstützen, wenn sie für sich und für ihre Familien eine Zukunft sehen. Dazu können verschiedene Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik (Umschulung und Qualifizierung, Arbeitsstiftungen, ...) dienen. 

In manchen Branchen kann ein Weniger an fossilen Energieträgern aber auch eine Chance sein. So sind gerade im Transportbereich viele Jobs besonders unsicher und schlecht bezahlt: Wir sprechen von „Sozialdumping“, wenn durch Tricks und Ausnutzung von Gesetzeslücken Arbeitnehmer:innen aus verschiedenen Staaten gegeneinander ausgespielt werden und damit Lohn und Sicherheit der Arbeit für alle nach unten gedrückt werden. Das ist etwa bei Billigfluglinien, beim LKW-Transit und bei Paketdiensten der Fall. Sie leben von billigem Treibstoff und Ausbeutung der Beschäftigten. Ein Umsteigen auf nachhaltigere Transportmittel kann hier auch Verbesserungen für die Beschäftigten bringen.

Gut ausgebildete Arbeitnehmer:innen in guten und sicheren Jobs sind eine Voraussetzung dafür, dass die Klimawende gelingt. Dazu gehören nicht nur gute Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung, sondern auch die Mitbestimmung auf allen Ebenen, einschließlich der Mitbestimmung im Betrieb. Dieses demokratische Fundament der Maßnahmen ist Voraussetzung für das Gelingen des Klimaschutzes (Politikwissenschaftler:innen sprechen von „Legitimation“ der Klimapolitik).

## Wir konsumieren, was wir produzieren

Viele der Vorschläge für den Klimaschutz zielen darauf ab, klimaschädlichen Konsum zu verringern. Beispiele sind die Reduktion des Fleischkonsums, ein Weniger an Autofahrten, der stromsparende Fernseher, der Verzicht auf Flugreisen. Aber die Verringerung des Konsums bedeutet gleichzeitig weniger Produktion und damit ein Minus bei der Beschäftigung.

Wenn Klimaschutz nur mit weniger Konsum und weniger Produktion gelingt, dann muss die Arbeit in der Produktion gerecht verteilt werden. Eine gerechte Verteilung von weniger Arbeit bedeutet

eine Verkürzung der Arbeitszeit. Mittelfristig wird daran kein Weg vorbeiführen.

Es gibt auch Sektoren, in denen der Klimaschutz zu mehr Nachfrage führt, zB in der Erzeugung von Pelletöfen oder bei der Wärmedämmung von Gebäuden. Die Frage ist, ob der Rückgang an Arbeitsplätzen in manchen konventionellen Branchen vom Zuwachs in „grünen“ Wirtschaftszweigen aufgewogen wird. Die ökonomischen Ergebnisse sind hier nicht eindeutig.

## Wie sich eine Verringerung des Konsums auswirkt

Produktion und Konsum bilden eine Art Kreislauf: Als Konsument:innen kaufen wir Waren und Dienstleistungen. Das Geld dafür verdienen die meisten von uns durch Arbeit in einem Unternehmen. Bei dieser Arbeit werden Waren und Dienstleistungen hergestellt.

Wenn an einem Ende der Konsum verringert wird, wird am anderen Ende als Folge auch weniger produziert. Das lässt sich etwa beim Verzicht auf das Auto zeigen. Wenn ein Auto weniger verkauft wird, muss auch eines weniger hergestellt werden. Das hat Auswirkungen in der gesamten Lieferkette. Für die Menschen, die dort arbeiten, bedeutet das weniger Arbeit. Und dieses Weniger an Arbeit bedeutet – zumindest in Summe – weniger Einkommen für die Beschäftigten.

Die Summe der verkauften Waren und Dienstleistungen in einer Volkswirtschaft nennt man das „Bruttoinlandsprodukt“, abgekürzt BIP. Es ist ein Maß für die wirtschaftliche Produktion eines Landes. Wir sind daran gewöhnt, dass eine Zunahme des BIP von einem Jahr zum nächsten eine gute Nachricht ist. Aber mit dem Steigen der Wirtschaftsleistung ist gewöhnlich auch ein Anstieg des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen verbunden. Verringerungen des Konsums können den Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen senken, aber sie können gleichzeitig auch zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung eines Staates führen.

Klimapolitik befindet sich hier in einem Dilemma: Wir wollen die Reduktion der Emissionen, aber sie soll nicht eine geringere Wirtschaftsleistung nach sich ziehen. Denn Phasen sinkender Wirtschaftsleistung waren in der Vergangenheit auch Phasen hoher Arbeitslosigkeit.

## Rebound-Effekt

Das Beispiel des Verzichts auf das Auto wirft eine weitere Frage auf: Wer das Auto verkauft, spart etwa 5000 Euro pro Jahr. Dieses Geld verschwindet nicht, sondern wird für andere Dinge ausgegeben. Ob es insgesamt zu einer Einsparung von Treibhausgasen kommt, hängt davon ab, wofür das Geld verwendet wird: Wer davon in die Oper geht, bewirkt (fast) keine Emissionen, wer dafür eine Flugreise nach Australien macht, emittiert im Endeffekt noch mehr als zuvor. Extrembeispiele, aber sie machen deutlich, dass es bei Kosteneinsparungen darauf ankommt, was mit dem gesparten Geld geschieht. Dies wird in der Fachsprache als „Rebound-Effekt“ bezeichnet: ein Teil der Einsparungen an Treibhausgasen wird durch erhöhten Konsum anderswo wieder wettgemacht. Das gilt es zu bedenken, wenn die Gesamtwirkungen klimapolitischer Maßnahmen abgeschätzt werden sollen.

## Der Staat als Investor

Für viele klimapolitische Maßnahmen sind Investitionen nötig: die Wärmedämmung einer Schule, den Ausbau einer U-Bahn-Linie zum Erschließen neuer Stadtviertel, einen neuen Windpark. Dabei stellt sich die Frage, ob Projekte aus privaten oder aus staatlichen Mitteln finanziert werden sollen.

Für eine staatliche Finanzierung spricht es, wenn es sich um langfristige Projekte handelt. Weiters, wenn es sich um Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur handelt. Darüber hinaus kann der Staat mit seinen Investitionen die Wirtschaft steuern und ausgleichend wirken: in Phasen geringer wirtschaftlicher Tätigkeit Investitionen ankurbeln, in Phasen der Hochkonjunktur etwas zurückfahren.

Der Staat ist nicht gewinnorientiert. Deshalb ist es wichtig, dass der Staat nicht nur für die Sozialleistungen da ist (vor allem Gesundheitswesen, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung), sondern dass er auch die Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen übernimmt (die sogenannte „Daseinsvorsorge“) und diese nicht privatisiert: Energieversorgung, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, öffentlichen Verkehr, Abfallentsorgung, Schulbildung. Auch in diesen Bereichen gibt es viel für den Klimaschutz zu tun, wobei der Staat dabei als Vorbild für Private wirken kann.

### Investitionen und Wachstum

Vorhin haben wir das Dilemma erwähnt, in dem die Klimapolitik sich findet, wenn sie Emissionen reduzieren, aber die Wirtschaftsleistung weiter ausbauen will. Es ist aber unbestritten, dass in den nächsten Jahrzehnten riesige Investitionen notwendig sind, damit erneuerbare Energieträger ausgebaut werden, industrielle Prozesse energieeffizienter werden und die Infrastrukturen (Netze für Verkehr und für Energie) so ausgebaut werden, dass sie zu dieser grünen Zukunft passen.

Der Krieg in der Ukraine hat noch einmal unterstrichen, wie wichtig diese Investitionen sind. Eine Verringerung der Abhängigkeit von Erdgas aus Russland kann nur mit einem groß angelegten Umbau von Verteilung und Verbrauch von Erdgas in Österreich gelingen.

Es gibt wichtige Entscheidungsträger, die hier keinen Widerspruch zwischen Emissionsreduktion und Wachstum sehen. So setzt etwa die Europäische Kommission mit ihrem „Grünen Deal“ auf Wachstum mit weniger Emissionen, auf ein sogenanntes „Grünes Wachstum“. Einige Ökonom:innen und Wissenschaftler:innen melden Zweifel an und meinen, dass Wirtschaftswachstum nicht mit Emissionsreduktionen zusammenpasst, vor allem, wenn das Problem global betrachtet wird. Denn eine bloße Verlagerung klimabelastender Produktionsprozesse in andere Staaten löst das Klimaproblem nicht.

In den Fällen, in denen der Staat Zuschüsse zu privaten Investitionen oder andere Begünstigungen gewährt, bewirken seine Ausgaben eine Umverteilung, und zwar von den Menschen, deren Steuern in das Budget fließen, zu denjenigen, denen die

Förderungen zugutekommen. Wegen dieser Umverteilungswirkung sollte aus Sicht von AK und ÖGB immer genau geprüft werden, ob eine staatliche Förderung nicht die Ungleichheit in der Gesellschaft weiter erhöht.

## Alle politischen Register ziehen

Manches, was wir für den Klimaschutz tun, bringt in Wirklichkeit nicht viel. Die größte Wirkung hat es, wenn ein Haushalt beschließt, kein Auto mehr zu besitzen und auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Ähnlich viel bringt es auch, im Jahr auf eine Fernreise mit dem Flugzeug zu verzichten. Andere wirksame Schritte sind etwa die thermische Sanierung des Hauses, der Umstieg auf erneuerbaren Strom oder die Entscheidung für eine vegane Ernährung.

Die Beispiele machen deutlich: nicht jeder Haushalt hat diese Möglichkeiten. Wer am Land wohnt, wo ab 18 Uhr kein Bus mehr fährt, kann kaum auf das Auto verzichten. Die Familie, die eine Wohnung in einem mehrstöckigen Haus

mietet, kann nicht über die Sanierungsmaßnahmen entscheiden. Nur wenn gute Alternativen bestehen, sind daher Änderungen bei Steuern sinnvoll: Steuererleichterungen für klimafreundliches Verhalten, Steuererhöhungen für klimabelastendes Verhalten. In vielen Fällen sind Gesetze und Verordnungen sinnvoll, aber auch gezielte Investitionen und Förderungen von Bund, Ländern und Gemeinden, damit die nötigen Klimaschutzmaßnahmen auch wirklich passieren. Unter dem Gesichtspunkt der gerechten Verteilung sind Ge- und Verbote (das sogenannte „Ordnungsrecht“) das beste Instrument, denn sie treffen grundsätzlich alle Menschen gleichermaßen, egal ob sie mehr oder weniger Einkommen haben.



## Die Rolle von Bewusstseinsbildung und persönlichen Konsumentscheidungen

In Umfragen gibt eine große Mehrheit der Menschen an, dass der Klimaschutz eines der wichtigsten Probleme unserer Zeit ist. Viele wollen sich auch selbst klimafreundlich verhalten. Aber es gibt einen Unterschied zwischen den Vorsätzen und dem tatsächlichen Tun. Denn wer kennt das nicht: Immer wieder gibt es Gründe, doch nicht die klimaschonende Alternative zu wählen – zB doch das Auto für den Weg in die Arbeit zu nehmen, wo man mit etwas mehr Zeitaufwand den Bus oder die Straßenbahn hätte nehmen können, oder doch Fleisch zur Hauptspeise zu essen statt des vegetarischen Menüs. Erfahrungsgemäß sind es etwa 10 bis 20 Prozent der Menschen – unter Ihnen also etwa 10 bis 20 Personen –, die sich im Alltag recht konsequent für umwelt- und klimaschonende Alternativen entscheiden, auch wenn sie mit etwas Aufwand verbunden sind.

Dieser Unterschied soll aber nicht moralisch gewertet werden. Es ist wichtig, dass manche Menschen mit gutem Beispiel vorangehen wollen. Um aber die Klimaziele in der nötigen Geschwindigkeit zu erreichen, ist viel mehr nötig als die sogenannte „Bewusstseinsbildung“. Wenn die Gesellschaft es mit dem Klimaschutz ernst meint, sind politische Entscheidungen nötig, die die gesamte Gesellschaft auf einen anderen Konsumpfad bringen, nicht nur diejenigen, die schon jetzt umweltbewusst sind.

## Klimapolitik und Verteilung

Es gibt viele Maßnahmen der Klimapolitik, die besonders für Haushalte mit geringen Einkommen sehr problematisch sind. Ein Beispiel ist eine CO<sub>2</sub>-Steuer. Sie soll die Verwendung von fossilen Energieträgern verteuern und damit eine Bevorzugung erneuerbarer Energieträger bewirken.

Aber Haushalte mit niedrigen Einkommen können sich oft die Investition in die nötige neue Heizung nicht leisten; sie müssen bei der alten Ölheizung bleiben, obwohl Heizöl laufend teurer wird. In manchen Fällen haben sie gar keine Wahl, weil sie die Wohnung, in der sie leben, mieten und daher nicht

über die Investition in die neue Heizung oder in neue Fenster entscheiden können. Aus diesen Gründen sind besondere Programme notwendig, die Haushalte mit niedrigen Einkommen gezielt unterstützen.

Klimapolitik soll darauf achten, dass auch armen Haushalten deren Vorteile zugutekommen und sie von den Nachteilen möglichst weitgehend verschont bleiben. Klimapolitik kann und soll Sozialpolitik nicht ersetzen, aber sie muss auf die sozialen Wirkungen achten, wenn sie erfolgreich sein will.

## Was tun?

Sie werden als Klimarat Maßnahmen vorschlagen, die „die Politik“ umsetzen soll. Dabei wird es bei der Benennung der Maßnahmen nicht viele Überraschungen geben. Im Wesentlichen ist seit 25 Jahren bekannt, was zu tun ist, um die Emissionen an Treibhausgasen zu verringern. Geschehen ist aber viel zu wenig.

Sie haben die Chance, hier etwas zu ändern. Sie können Ihre Erfahrung einbringen und erkunden, wo im wirklichen Leben die Hindernisse sind, wegen denen Maßnahmen nicht umgesetzt werden. Sie können Politiker:innen konkrete Empfehlungen geben, wie sie Zustimmung zu schwierigen Maßnahmen erwirken können.

Wenn Sie Maßnahmen empfehlen, benennen Sie auch die politischen Instrumente, mit denen sie umgesetzt werden sollen: Soll es sich um Gebote oder Verbote handeln, soll mit Förderungen oder mit Steuerbegünstigungen gearbeitet werden, oder geht es um Bildungsmaßnahmen? Benennen Sie, wie der Erfolg einer Maßnahme möglichst unmittelbar und konkret gemessen werden kann. Das ermöglicht, dass nachgeschärft

werden kann, wenn der Erfolg sich nicht einstellen mag.

Bedenken Sie, wenn Sie Ihre Vorschläge erarbeiten, die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die wir angesprochen haben. Wie können negative Wirkungen abgefedert werden, wie können positive Wirkungen verstärkt werden? Wer soll für die Maßnahmen zahlen, wer hat davon einen Nutzen? Nützen die Schritte einzelnen oder der Gesellschaft als Ganzer? Diese Fragen sind von größter Bedeutung, wenn es darum geht, eine breite Unterstützung der Klimapolitik zu erwirken.

Sie müssen nicht alles selbst durchdenken. Viele der überraschenden Auswirkungen der Maßnahmen werden erst mit der Zeit sichtbar – Gutes wie Schlechtes. Geben Sie den Politiker:innen den Auftrag, diese vielfältigen Wirkungen zu beobachten und die Maßnahmen, wenn nötig, entsprechend anzupassen.

Erfolgreiche Klimapolitik hin zu einer klimaneutralen Zukunft ist nicht ein Schritt, sondern ein sich beständig weiter entwickelnder Prozess. Er muss in der Gesellschaft verankert sein, um schließlich erfolgreich zu sein.

## Was ist die Arbeiterkammer?

Wer in Österreich als Angestellter oder als Arbeiter beschäftigt ist, ist Mitglied der Arbeiterkammer, und zwar in dem Bundesland, in dem der Arbeitsplatz liegt. Ausgenommen von der gesetzlichen Mitgliedschaft sind bestimmte Berufsgruppen, etwa Ärzte, Landwirte etc., die eigene Kammern haben, sowie die Beamten. In jedem Bundesland Österreichs gibt es also eine Arbeiterkammer; zusammen bilden sie die Bundesarbeitskammer. Insgesamt sind in Österreich knapp 3,8 Millionen Menschen Mitglieder in der Arbeiterkammer, etwas weniger als die Hälfte aller in Österreich lebenden Menschen.

Die Arbeiterkammer ist berufen, „die sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu vertreten und zu fördern“, wie es im Arbeiterkammergesetz heißt. Das tut sie unter anderem, indem sie Arbeitnehmer:innen unterstützt, in der Arbeit zu ihrem Recht zu kommen (notfalls auch vor Gericht), indem sie Konsument:innen berät und für deren Rechte eintritt (denn jeder Arbeitnehmer, jede Arbeitnehmerin ist auch Konsument:in), indem sie kulturelle Angebote zur Verfügung stellt und indem sie versucht, auf die Formulierung von Gesetzen und politischen Programmen so Einfluss zu nehmen, dass dies im Sinn der Arbeitnehmer:innen ist.

## Was ist der ÖGB?

Der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) ist eine überparteiliche Interessenvertretung unselbstständiger Erwerbstätiger mit 1,2 Millionen Mitgliedern. Der ÖGB und seine Gewerkschaften vertreten die Interessen aller ArbeitnehmerInnen gegenüber Arbeitgebern, Staat und Parteien.

Wir arbeiten mit aller Kraft dafür, dass alle Menschen auf soziale Sicherheit vertrauen können, dass der vorhandene Wohlstand gerecht verteilt wird und dass alle Menschen - alt oder jung, Männer oder Frauen, beschäftigt oder arbeitslos, krank oder gesund, in Österreich geboren oder nicht - die gleichen Chancen haben. Wir wenden uns kompromisslos gegen jede Art von Diskriminierung, Rassismus, Faschismus und Diktatur.

## Warum kümmern wir uns um den Klimaschutz?

AK und ÖGB gehören zu den Organisationen mit den meisten Mitgliedern in Österreich. Diese Menschen sind sehr vielfältig, haben unterschiedliche Meinungen und Ziele im Leben. Was ihnen gemeinsam ist, ist der Wunsch, dass ihre Arbeit wertgeschätzt wird, dass der Arbeitsplatz sicher ist und dass der Wohlstand, den alle erarbeitet haben, gerecht verteilt wird.

AK und ÖGB unterstützen das Ziel, dass die EU bis 2050 klimaneutral werden will. Dieses Ziel der „Dekarbonisierung“ wird weitreichende Veränderungen des Wirtschaftssystems mit sich bringen. Es wirft die Frage auf, wie wir im Einklang mit diesen Zielen in Zukunft produzieren und konsumieren wollen, wie wir wohnen und uns fortbewegen wollen. Klimapolitik betrifft die Menschen als Arbeitnehmer:innen und als Konsument:innen. Mit ihr sind grundlegende Fragen zu Einkommen, Verteilung und Wohlstand verbunden. Weil Klimapolitik daher ein zentrales gesellschaftspolitisches Handlungsfeld ist, wollen AK und ÖGB sie mitgestalten: Für die vielen, die in diesem Land arbeiten.

## Weiterführende Dokumente

Positionspapier des ÖGB: „[Klimapolitik aus ArbeitnehmerInnen-Perspektive](#)“

Positionspapier der AK: „[Mitteilung zum europäischen Grünen Deal](#)“

Publikation der AK: „[AK Wohlstandsbericht 2021](#)“